

Mehr Verstöße, weniger Verbote

Die Zahl der von der Polizei ausgesprochenen Betretungs- und Annäherungsverbote ist 2025 erneut leicht zurückgegangen. Gleichzeitig wurden mehr Verstöße gegen diese Schutzmaßnahmen angezeigt.

Der Gewaltschutzbericht 2025 zeichnet ein differenziertes Bild der Entwicklung im Bereich Gewaltprävention und Opferschutz. Österreichweit sprach die Polizei im Jahr 2025 insgesamt 14.101 Betretungs- und Annäherungsverbote (BV/AV) aus. Gegenüber 2024 mit 14.583 Maßnahmen entspricht dies einem Rückgang von 3,3 Prozent. Damit setzt sich die seit 2023 beobachtete Entwicklung fort, als noch 15.115 Betretungs- und Annäherungsverbote verhängt wurden.

Die meisten Maßnahmen wurden in Wien mit 3.983 Betretungs- und Annäherungsverboten ausgesprochen, gefolgt von Niederösterreich mit 2.562 und Oberösterreich mit 2.429 Fällen. Die niedrigste Zahl wurde mit 457 Maßnahmen im Burgenland registriert.

Auch die Zahl der sicherheitspolizeilichen Fallkonferenzen (S-FK) bei Hochrisikofällen ging zurück. Wurden 2024 noch 193 Fallkonferenzen durchgeführt, waren es 2025 insgesamt 161. Seit August 2025 werden darüber hinaus Fallkonferenzen in weiteren Themenbereichen statistisch erfasst, etwa bei Vorfällen mit Jugendlichen oder im Zusammenhang mit dem Unterbringungsgesetz. In diesen Bereichen fanden 40 Fallkonferenzen statt.

Während die Zahl der Schutzmaßnahmen leicht zurückging, nahm die Zahl der Anzeigen wegen deren Missachtung zu. Im Jahr 2025 wurden 2.222 Anzeigen gegen Gefährderinnen und Gefährder erstattet, die ein Betretungs- oder Annäherungsverbot nicht eingehalten hatten. Das entspricht einem Anstieg von 9,2 Prozent gegenüber 2024 mit 2.034 Anzeigen. Auch die Zahl der Anzeigen wegen Verstößen gegen einstweilige Verfügungen erhöhte sich von 2.730 auf 3.030 Fälle.

Die Beratungsstellen für Gewaltprävention betreuten 2025 insgesamt 12.261 Gefährderinnen und Gefährder. Gegenüber dem Vorjahr mit 12.518 betreuten Personen entspricht dies einem leichten Rückgang von 2,1 Prozent. Die Zahl der betreuten Personen bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau.



Gewaltprävention und Opferschutz stehen im Mittelpunkt des Gewaltschutzes

Leicht rückläufig war auch die Zahl der präventiven Rechtsaufklärungs- und Opferkontaktgespräche nach Gewalt in der Privatsphäre und Stalking. 2025 wurden 18.259 Gespräche geführt, um 3,5 Prozent weniger als im Vorjahr mit 18.928 Gesprächen. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 waren es 13.488 Gespräche. Die Angebote stehen sowohl gefährdeten als auch gefährdenden Personen offen.

Die Weiterentwicklung des Gewaltschutzes bleibt ein zentraler Schwerpunkt. Im Fokus stehen die Optimierung von Gefährdungseinschätzungen, der Ausbau digitaler Instrumente, die Stärkung der Täterarbeit sowie die In-

tensivierung der Zusammenarbeit aller beteiligten Einrichtungen.

Gewaltschutzdatei. Ein wichtiger Schritt war die Modernisierung der im Sicherheitspolizeigesetz verankerten Gewaltschutzdatei. Unter Federführung der Direktion Digitale Services wurde 2025 gemeinsam mit Präventionsbediensteten aus den Bundesländern ein neues, mobil nutzbares System entwickelt und österreichweit eingeführt.

Auch im Ausbildungsbereich wurden Maßnahmen gesetzt. Die standardisierte Grundausbildung für Präventionsbedienstete wurde fortgeführt und durch Schulungen zum Programm „Sicherheit im öffentlichen Raum“ ergänzt. Ende 2025 waren österreichweit 1.326 speziell ausgebildete Präventionsbedienstete im Bereich Gewaltprävention und Opferschutz tätig.

Aktionsplan. Mit dem im November 2025 präsentierten Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen 2025–2029 wurde zudem ein strategischer Rahmen für die Weiterentwicklung des Gewaltschutzes geschaffen. Das Bundeskriminalamt wirkte maßgeblich an der Arbeitsgruppe „Gewaltfrei durch Prävention – Arbeit mit potenziellen Gefährdern und Tätern“ mit. *Romana Tofan*

HILFE BEI GEWALT

Ansprechstellen

- Polizeinotruf: 133 (rund um die Uhr erreichbar)
- Frauen-Helpline gegen Gewalt: 0800 222 555 (kostenlos und anonym)
- Gewaltschutzzentren Österreich: www.gewaltschutzzentrum.at
- Weitere Informationen: Bundeskriminalamt – Schwerpunkt Gewaltprävention